



Protokoll der 21. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Oktober 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Hügli Corinne und Meyer Markus

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

Das Postulat „Stärkung der politischen Bildung“ (Nr. 2014/151) wird von den Postulanten zurückgezogen und das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt.

- | | | |
|----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. | Sammelvorlage - Liestal-Verkehr 2014; Sammelvorlage betreffend Vorstössen Nr. 2010/135, Nr. 2011/152, Nr. 2012/219, Nr. 2012/9, Nr. 2012/21, Nr. 2012/27, Nr. 2013/49, Nr. 2013/51, Nr. 2013/71, Nr. 2013/83 und Nr. 2014/124
<i>://: Mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2014/144 |
| 2. | Schulanlage Frenke - Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke, Investitionskredit von TCHF 11'500
<i>://: Einstimmig wird die Vorlage an die BPK sowie an die SBK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2014/145 |
| 3. | Kasinobrücke, Instandsetzung: Nachtragskredit von TCHF 180
<i>://: Der Rat genehmigt mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen den beantragten Nachtragskredit.</i> | 2014/152 |
| 4. | Pilotprojekt Quartierzentrum Fraumatt, Abschlussbericht
<i>://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Abschlussbericht.</i> | 2014/153 |
| 5. | Banntag - Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Liestaler Banntag
<i>Das Postulat wird vom Postulanten zurückgezogen.</i> | 2014/137 |
| 6. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 9 Fragen beantwortet.</i> | - |
| 7. | Veloverbindung - Postulat „Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion und Gerhard Schaftroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2014/138 |

- | | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 8. | Humanitäre Zeichen setzen - Interpellation der Grünen Fraktion betreffend humanitären Zeichen setzen
<i>Erledigt nach der Interpellationsbeantwortung durch den Stadtrat.</i> | 2014/140 |
| 9. | Sonntagsflohmarkt - Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion betreffend Sonntagsflohmarkt im Stedtli
<i>Erledigt nach der Interpellationsbeantwortung durch den Stadtrat.</i> | 2014/142 |
| 10. | Wirtschaftsstandort Liestal - Bericht Stadtrat zum Postulat „Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2013/36
2013/36a |
| 11. | Internet-Universität - Bericht Stadtrat zum Postulat „Internet-Universität in Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/104
2014/104a |
| 12. | Nachhaltige Entwicklung - Interpellation „Nachhaltige Entwicklung - eine übergeordnete Vision auch für die Stadt Liestal“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/147 |
| 13. | Wasserversorgung-Pikett - Postulat „Pikettdienst Wasserversorgung durch Mitarbeiter der Stadt“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/148 |
| 14. | Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse - Interpellation „Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse/Ergolzbrücke“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/149 |
| 15. | Parkplatzkonzept - Interpellation betreffend neuem Parkplatzkonzept von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/150 |

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates sowie die Gäste und Medienvertreter zur dritten Ratssitzung im Amtsjahr 2014/2015.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Stadträtin Regula Nebiker wird die Ratssitzung um ca. 18.00 Uhr verlassen und in deren Abwesenheit werden die sie betreffenden Geschäfte durch Stadtpräsident Lukas Ott vertreten.
- Das Budget 2015 ist anfangs dieser Woche den Ratsmitgliedern zugestellt worden. Das Büro hat die Vorlage Nr. 2014/146 an die FIKO sowie BPK zur Vorberatung überwiesen.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, die vom Präsidium jeweils angegebenen Pausenzeiten einzuhalten.
- Den Ratsmitgliedern wird die Teilnahme an der Sportpreisverleihung vom 21.11.2014 empfohlen. Die Einladungen sind heute als Tischpapier verteilt worden. Die Rückantwort-Talons können dem Ratsschreiber abgegeben werden.
- Ratsmitglied Hans Rudolf Schafroth (SVP) wird in den Landrat nachrücken, wozu ihm gratuliert sowie viel Glück und Erfolg gewünscht wird.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Matthias Zimmermann (SP) gibt seinen Rücktritt per Ende 2014 aus dem Einwohnerrat bekannt. Bereits an dieser Stelle dankt er den Ratsmitgliedern und insbesondere den SP-Fraktionsmitgliedern sowie BPK-Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit während seiner Amtszeit.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- Neue Vorstösse, Nr. 2014/154 - Nr. 2014/160
- Sportpreis-Verleihung vom 21. November 2014, Einladung

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation betreffend politischen Bildung von Anna Ott der Grünen Fraktion und Gerhard Schaftroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/154)
- Interpellation betreffend Food Waste von Anna Ott namens der Grünen Fraktion (Nr. 2014/155)
- Postulat „Sponsoring für unsere Rathausstrasse“ von Hans Rudolf Schaftroth der SVP-Fraktion (Nr. 2014/156)
- Interpellation „Integrative Ausbildungsplätze für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit“ von Patrick Mägli und Walter Leimgruber der SP-Fraktion (Nr. 2014/157)
- Postulat „Das Zusammenleben von 4 Generationen in Liestal - eine Chance!“ von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2014/158)
- Postulat „Integrationsförderung“ von Lisette Kaufmann und Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2014/159)
- Interpellation „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ (Nr. 2014/160)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-----------------------|----------------------------------------|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt die Frage, ob bezüglich der Traktandenliste Wortbegehren angemeldet werden.

Anna Ott (GL) informiert darüber, dass die Postulanten ihren Vorstoss bzw. das Postulat „Stärkung der politischen Rechte“ (Nr. 2014/151) zurückziehen.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. Oktober 2014 behandelt und das Geschäft/Traktandum Nr. 15 betreffend dem Postulat Nr. 2014/151 von der Traktandenliste abgesetzt.

226 0.01.011.01 Einwohnerrat

- 1. Liestal-Verkehr 2014 - Sammelvorlage betreffend Vorstössen Nr. 2010/135, Nr. 2011/152, Nr. 2012/219, Nr. 2012/9, Nr. 2012/21, Nr. 2012/27, Nr. 2013/49, Nr. 2013/51, Nr. 2013/71, Nr. 2013/83 und Nr. 2014/124 (Nr. 2014/144)**

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Er verliest den Antrag der Grünen Fraktion: „*Rückweisung der Sammelvorlage Verkehr 2014 (Nr. 2014/144) an den Stadtrat mit der Forderung, dass die Postulate einzeln vorgelegt und beantwortet werden.*“

Das Büro schlägt dem Einwohnerrat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung zur überweisen. Die Ratsmitglieder möchten sich nun betreffend der weiteren Behandlung der Vorlage äussern.

Lisette Kaufmann (GL) nimmt Bezug auf den bereits verlesenen Rückweisungsantrag und sagt, dass sich ihre Fraktion nicht mit der Art und Weise einverstanden erklären kann, wie der Stadtrat die einzelnen Postulate in der Sammelvorlage beantwortet. Auf die verschiedenen Vorstösse wird zu wenig eingegangen und eine Diskussion der einzelnen Postulate mit der stadträtlichen Vorlage praktisch verunmöglicht. Positiv erwähnenswert ist der Lösungsvorschlag des Stadtrates betreffend der Büchelistrasse.

Matthias Zimmermann (SP) meint, auch seine Fraktion sei gar nicht glücklich über die Sammelvorlage, da diese doch unsorgfältig gestaltet ist und der Stadtrat auf einige Postulate gar nicht richtig eingeht. Eine Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat wäre sehr konsequent, doch dürfte man dann betreffend den zahlreichen Postulaten wieder lange nichts hören. Eine weitere Möglichkeit und Alternative wäre eine Überweisung der Vorlage an die BPK, obwohl es ja nicht Sache einer Kommission sein kann, Ordnung in stadträtliche Vorlagen zu bringen. Eine Überweisung an die BPK macht vermutlich eher Sinn, obwohl seine Fraktion diesen Entscheid auch nur halbherzig unterstützen kann.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass auch in seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen vertreten werden. Eine Rückweisung an den Stadtrat dürfte vermutlich nicht viel bringen und deshalb unterstützt man den Vorschlag des Büros für eine BPK-Beratung. Dies macht aber nur dann Sinn, wenn die Fraktionen ihre Fragen und Anliegen bereits bei der Kommissionsberatung einbringen und nicht erst bei der Beratung im Plenum thematisieren.

Thomas Eugster (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Die Forderung der BPK für eine Gesamtschau wird mit der stadträtlichen Sammelvorlage erfüllt und eine Detailberatung der einzelnen Punkte in der Kommission macht Sinn. Bei einer Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat dürfte die Lösung von Problemen, wie sie in einzelnen älteren Postulaten thematisiert werden, für eine weitere längere Zeit nicht möglich sein.

Diego Stoll (SP) unterstützt die Aussagen des FDP-Fraktionssprechers. Die Vorlage ist nur bedingt leserfreundlich und verschiedene Antworten zu einigen Postulaten sehr knapp formuliert. Die stadträtlichen Anträge zu den einzelnen Vorstössen dürften bei einer Rückweisung der Vorlage keine Änderungen erfahren, und die überarbeitete Sammelvorlage mit ergänzten Erläuterungen etc. dürfte schlussendlich doch an die BPK überwiesen werden. Die BPK könnte die einzelnen Punkte sicher gewichten, die Postulanten anhören und weitere Abklärungen treffen, bevor man dem Rat den Kommissionsbericht mit entsprechenden Anträgen unterbreitet. Er macht dem Rat eine Überweisung der Sammelvorlage an die BPK beliebt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, es sei wohl das kleinere Übel und schlussendlich effizienter, wenn man die Vorlage an die BPK überweisen würde.

Diego Stoll (SP) stört den Tenor seiner Vorrednerin betreffend des kleineren Übels ein wenig, denn vom Einwohnerrat ist immer wieder gesagt und verlangt worden, dass man das Thema Verkehr in einer Gesamtbetrachtung diskutieren möchte und dieser Auftrag ist vom Stadtrat mit der Unterbreitung der Vorlage Nr. 2014/144 erfüllt worden.

Pascal Porchet (FDP) sagt, auch er befürworte eine Überweisung an die BPK. Die BPK ist aber keine Wunderkommission, sondern nur eine Bau- und Planungskommission. Er kann die Aussage auf Seite 8/23 der Vorlage unterstützen, dass man akzeptieren muss, dass es den grossen Wurf nicht gibt, dass alle Verkehrsprobleme für alle Verkehrsteilnehmer zufriedenstellend gelöst werden können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die BPK eigentlich das Abbild des Parlaments ist und eine Detailberatung in der Kommission doch Sinn macht, bevor das Geschäft im Einwohnerrat thematisiert und das weitere Vorgehen beschlossen wird.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass der Stadtrat an einer Gesprächsführung mit dem Einwohnerrat sehr interessiert ist. In verwundert die vorgängig gemachte Aussage, dass man zu den einzelnen Vorstössen nicht mehr Stellung nehmen kann, denn vom Stadtrat ist zu jedem einzelnen Postulat auch ein einzelner Antrag gestellt worden. Alle Vorstösse werden zudem auch in der Gesamtübersicht bzw. dem Bericht der Firma Rudolf Keller & Partner thematisiert. Die Gutheissung des Rückweisungsantrages hätte schlussendlich zur Folge, dass der Stadtrat den Bericht bzw. die Sammelvorlage zu den einzelnen Vorstössen lediglich aufsplitten würde, doch dürften damit keine neuen oder anderen Aussagen als in der Sammelvorlage Nr. 2014/144 gemacht werden. Eine Beratung in der BPK wird auch vom Stadtrat befürwortet.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die beiden Anträge abstimmen lässt.

://: Mit grossem Mehr wird bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen der Rückweisungsantrag der Grünen Fraktion abgelehnt.

Thomas Eugster (FDP) möchte der BPK für die BPK-Beratung noch mitgeben, dass die Entlastung der Büchelistrasse zwei Alternativen prüfen sollte. Einerseits sollte die Ermöglichung eines Zubringerdienstes anstelle einer gänzlichen Schliessung der Büchelistrasse geprüft werden und die Erschliessung des Stedtlis über die Büchelistrasse via Gestadeckplatz wäre eventuell auch ein Lösungsansatz.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, auch sollte die BPK abklären, ob der Bauernmarkt nicht doch vor dem Manor abgehalten werden könnte. Auch die Neuüberprüfung der Begegnungszone wie beispielsweise die Poststrasse sollte in Betracht gezogen werden,

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2014/144 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

227 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Schulanlage Frenke - Sanierung des Primarschulhauses in der Schulanlage Frenke, Investitionskredit von TCHF 11'500 (Nr. 2014/145)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (SBK) und auch an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung zu überweisen.

Marianne Quensel (SP) dankt dem Stadtrat für die aussagekräftige Vorlage. Die Planung und Sanierung der Schulanlage beschäftigt den Rat schon seit längerer Zeit. Nun ist die Katze aus dem Sack und man muss erkennen, dass wegen dem schlechten baulichen Zustand der Liegenschaften sowie den Sicherheitsnormen ein grösserer finanzieller Brocken auf Liestal zukommt. Trotzdem ist in der Vorlage immer noch ein Minimum betreffend den Vorgaben der Spezialkommission Schulraumplanung bezüglich der Schaffung von Räumlichkeiten für eine moderne Unterrichtsgestaltung erkennbar. Der BPK und SBK möchte man bei der Vorberatung der Stadtratsvorlage mit auf den Weg geben, dass es keinen Sinn macht, wenn man heute auf die Sparbremse tritt, denn für eine spätere Pflasterli-Politik dürfte man schlussendlich mehr bestraft werden. Im Zusammenhang mit der unterbreiten Vorlage kann man sicher nicht mehr von vergoldeten Schulhäusern sprechen, denn die Vorlage ist auf das absolut Notwendige reduziert und beinhaltet keinen unnötigen Luxus, sondern wird zweckmässig eingerichtet und saniert, womit man schlussendlich praktisch ein neues Schulhaus haben dürfte. Ihre Fraktion wird der Überweisung an die beiden Kommissionen einstimmig zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (SP) teilt mit, dass die Liestal in den nächsten Jahren mehrere Millionen Franken in die Sanierung der Schulanlagen investieren wird. Der Nutzungshorizont wird sicher mehr als 30 Jahre sein. Dabei sollen nebst den optimale Anpassungen an die heutigen Schulraumerfordernisse auch zeitgemässe Energiestandards erreicht werden. Die im BPK-Bericht zur Vorlage Nr. 2012/225 abgegebenen Empfehlungen betreffend Photovoltaik-Anlage und Minergie P-Standard sind vom Stadtrat stiefmütterlich kurz thematisiert worden, beachtet man die kurzen Aussagen auf Seite 12/27 der Vorlage Nr. 2014/145. Für die BPK-Beratung erwartet deshalb seine Fraktion noch detaillierte schriftliche Unterlagen.

Pascal Porchet (FDP) sagt, auch seine Fraktion wird die Überweisung der Vorlagen an die beiden Kommissionen unterstützen. Er kann sich fast mit allen Äusserungen der beiden Vorredner einverstanden erklären, aber der beantragte Investitionskredit von 11,5 Mio. Franken überraschte wohl nicht nur ihn, da man beim Entwicklungsplan 2014-2018 noch von einem Investitionsvolumen von 7 Mio. Franken ausgegangen war. Der in den letzten 10 Jahren eingeschlagene vorbildliche Kurs, dass man sich wieder auf eine gesunde Basis verschuldet, darf nicht wieder verlassen werden und die verschiedenen Parameter sind einzuhalten. Verschiedene Punkte im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung, der Schaffung von Gruppenräumen usw. sind schon alleine aus Kostengründen wieder zu thematisieren. Eine Flexibilität ist wieder nötig, denn gewisse Dinge wie bspw. die Integration des 6. Schuljahres in die Primarschule sowie Erdbebensicherheitsmassnahmen dürften wohl unbestritten sein, obwohl diese mit grösseren Kostenfolgen verbunden sind. Die Kommissionen werden deshalb bei der Beratung der Vorlage den Fokus auch auf mögliche Kosteneinsparungen haben müssen, sind nun doch die Investitionskosten seit der Entwicklungsplan-Beratung im Frühjahr innert wenigen Monaten um 4 Mio. Franken angestiegen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) schliesst sich dem Votum ihres Vorredners an und sagt, auch die Mittefraktion wird der Überweisung der Vorlage an die beiden Kommissionen zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) findet es schade, dass der Vorlage die Etiketle angehängt wird, dass die Gruppenräume Investitionen 3,5 - 4 Mio. Franken ausmachen und einer Aufstockung bedürfen. Bei der Beratung des Geschäfts in der Spezialkommission Schulraumplanung hatte man einen Plan gesehen, in welchem alle Schulzimmer über einen Gruppenraum verfügten, ohne dass eine Aufstockung nötig war. Auch ist es wichtig, dass man genügend Räume für die Lehrkräfte sowie Tagesstrukturen hat. Von der BPK sollte deshalb geprüft und abgeklärt werden, ob denn mit Gestaltungsänderungen nicht Gruppenräume zu Lasten weniger breiten Gängen geschaffen werden könnten usw. Auch sollte von der BPK bspw. die Frage geklärt werden, ob denn bspw. die Bibliothek nicht auch in einem Container untergebracht werden könnte.

Hanspeter Stoll (SP) teilt mit, dass die Turnhalle in der Frenken-Schulanlage über 40 Jahre alt ist und er in der Vorlage nichts gelesen hatte, dass diese saniert werden soll, obwohl diese auch für einen Teil des Schulunterrichts nötig ist. Dieser Aspekt sollte bei den Kommissionsberatungen ebenfalls berücksichtigt werden.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die Voten sowie Inputs aus dem Rat und freut sich auf die Diskussionen in den Kommissionen. Die Mehrinvestitionen sind tatsächlich ein unerfreulicher Aspekt. Wie sich jetzt herausstellte, basierte das Investitionsvolumen von 7 Mio. Franken auf ungenauen Gebäudeanalysen und dieser Betrag ist jahrelang nicht in Frage gestellt worden. Im Budget 2015 wird die Erarbeitung verlässlicherer Angaben über die Gebäudezustände bei weiteren Schulanlagen thematisiert. Beim vorgelegten Projekt handelt es sich um eine ausgewogene Kompromisslösung betreffend der Raumgestaltung, doch sind Anpassungen nach Vornahme von Abwägungen und Priorisierungen immer wieder möglich.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert ergänzend darüber, dass die Vorlage gemeinsam durch die beiden Bereiche Bildung und Stadtbauamt erarbeitet wurde. Vielleicht ist auch der Begriff „Sanierung“ im Titel der Vorlage falsch, denn schlussendlich kann man von einem Neubau sprechen. Die demographische Entwicklung ist von seinem Ratskollegen nochmals auf Herz und Nieren überprüft worden. Das nun vorgelegte Projekt ist ausgewogen und hinter diesem Kompromissvorschlag kann der Stadtrat stehen, da dieser auch gegenüber den Lehrkräften und Schülern verantwortet werden kann. Vom Stadtrat ist immer wieder kommuniziert worden, dass man Gruppenräume im Rahmen des Möglichen realisieren wird und verpflichtend wurden nur Zugeständnisse betreffend den Tagesstrukturräumen gemacht.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2014/144 an die Bau- und Planungskommission (BPK) sowie an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) weist darauf hin, dass die 1. Lesung auf die Ratssitzung vom 28. Januar 2015 sowie die 2. Lesung auf die Ratssitzung vom 25. März 2015 traktandiert werden müssen, damit der Terminplan für das Bauvorhaben eingehalten werden kann.

228 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Kasinobrücke, Instandsetzung: Nachtragskredit von TCHF 180 (Nr. 2014/152)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit dem Vorschlag des Büros für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage einverstanden erklären kann. Die Ratsmitglieder möchten sich deshalb nun zum stadträtlichen Bericht und Antrag gemäss Vorlage Nr. 2014/152 äussern.

Roman Schmied (SP) äussert, seine Fraktion wird dem beantragten Kredit zustimmen, denn bei einer Kreditablehnung müsste die Kasinobrücke ja gezwungenermassen geschlossen werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass der Nachtragskredit ihre Fraktion schon etwas überraschte und erstaunte, denn der Baubeginn war ja bereits für November geplant. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb gewisse Bereiche nicht rechtzeitig einbezogen bzw. kalkuliert worden sind. Man wird aber dem Nachtragskredit zustimmen und hofft, dass es zu keinen weiteren Kostenüberschreitungen kommen wird. Man hofft auch, dass im Zusammenhang mit dem Bau der H2 auch die Kasinobrücke bald dem Kanton abgegeben werden kann.

Markus Rudin (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Antrag bzw. den Nachtragskredit ablehnen. Im Mai hatte man den Kredit von TCHF 980 hier im Rat bewilligt und vier Monate später soll der Rat nochmals einen Nachtragskredit von rund TCHF 200 bewilligen. Man darf doch davon ausgehen, dass die Kreditbegehren auf Offerten beruhen, womit auch Nachtragskredite in dieser Grössenordnung nicht nötig sein sollten. Hatte die Firma Jauslin & Stebler ihre Arbeit nicht richtig gemacht und ist es zudem nicht schade für die aufgewendete vergebliche Zeit der BPK im Zusammenhang mit dem bewilligten ersten Kredit?

Pascal Porchet (FDP) sagt, dass er zwei Herzen in der Brust habe. Das traurige Herz aus Sicht der Stadt und das freudige Herz aus Sicht des Gewerbes angesichts des Investitionsvolumens. Die Politiker können hier im Saal beschliessen was sie wollen, wenn der Markt draussen anders funktioniert, so spielt das schlussendlich keine Rolle mehr. Gemäss Submission entspricht das günstigste Angebot dem Nachtragskredit. Seine Fraktion wird dem Nachtragskredit ebenfalls zustimmen, doch sollte mit den Arbeiten erst im April 2015 begonnen werden, denn damit könnte zumindest ein Einsparpotenzial von TCHF 21 erzielt werden.

Diego Stoll (SP) findet auch, dass der Nachtragskredit vom Stadtrat mit dem Submissionsverfahren begründet wird und man somit den stadträtlichen Antrag auch unterstützen sollte.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die verschiedenen Hinweise und weist darauf hin, dass der Stadtrat beim Submissionsverfahren nicht nur an die Offertzahlen, sondern auch an die Gesetze und Vorschriften gebunden ist. So muss beispielsweise auch das günstigste Angebot berücksichtigt werden. Und bei Tiefbauprojekten spielt auch die jeweils aktuelle Auftragslage bei den Submittenten eine sehr grosse Rolle, welche sich beim Preis niederschlägt.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

- ://: Der Einwohnerrat genehmigt mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen den Nachtragskredit von TCHF 180 zu Lasten des Investitionskontos 6150.5010.0054 für die Instandsetzung der Kasinobrücke.

229 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Pilotprojekt Quartierzentrum Fraumatt, Abschlussbericht (Nr. 2014/153)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die Vorlage nicht bestritten wird.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit dem Vorschlag des Büros für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage einverstanden erklären kann. Die Ratsmitglieder möchten sich deshalb nun zum stadträtlichen Bericht und Antrag gemäss Vorlage Nr. 2014/153 äussern.

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, dass das Projekt während drei Jahren und sieben Monaten gelaufen ist und insgesamt TCHF 530 gekostet hatte, wobei die Stadt daran den Betrag von TCHF 250 bezahlen muss. Der Stadtrat hat entschieden, das Projekt per Ende Jahr zu beenden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass nicht alles für die Katze war und der Stadtrat auch nicht wankelmütig ist. Die Idee des Quartierzentrums ist durchdacht und grundsätzlich eine gute Sache, doch hatten verschiedene Punkte wie beispielsweise das Konstrukt mit dem Trägerverein schlussendlich nicht verhalten. Auch musste in der Verlängerungsphase festgestellt werden, dass das Zentrum nicht genügend Fuss gefasst hatte, um zu einem Selbstläufer zu werden. Der Nutzen ist zu wenig gross und messbar, hatte auf zu wenige Leute Einfluss, weshalb Wirkung und Kosten in keinem Verhältnis stehen. Auch würde das Zentrum bei einem reduzierten Betrieb usw. der Stadt immer noch jährlich mindestens TCHF 100 kosten. Das Zentrum hatte in den letzten drei Jahren einiges bewirkt im Fraumattquartier und in dieser Zeit konnten viele Personen und auch diverse Gremien wertvolle Erfahrungen sammeln. Für das Erreichte möchte sie deshalb allen Beteiligten den besten Dank aussprechen, denn das Projekt war auch nicht so unnötig gewesen, sondern war einfach nicht im erhofften Ausmass wirksam. Erfreulicherweise haben sich die Streetworker auch wegen dem Quartierzentrum im Fraumattquartier eingenistet und die regelmässigen Kontakte sowie Anlässe werden weiterhin stattfinden. Zudem werden die familienergänzenden Betreuungsformen ausserhalb den Schulzeiten künftig auch im Fraumattquartier angeboten. Das Pilotprojekt war nicht wertlos, war zwar teuer, jedoch nicht sinn- und nutzlos. Und man muss sich auch nicht dafür schämen, dass man dem Projekt einmal zugestimmt hatte, dieses nochmals verlängerte und nun schlussendlich doch abbricht.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass sie nicht nur als Fraktionssprecherin, sondern auch als Vorstandsmitglied des Trägervereins zum Projekt und der stadträtlichen Vorlage ein paar Dinge sagen möchte. Pilotprojekte gibt es ja in verschiedene Bereichen, obwohl man ja beispielsweise schon von Anfang weiss, dass die Wirtschaftlichkeit und der Wirkungsgrad nicht optimal sind. Dennoch können solche Projekte neue und wertvolle Erkenntnisse mit sich bringen, was auch beim Quartierzentrum Fraumatt der Fall ist. Der Schlussbericht und der Antrag des Stadtrates hatten natürlich auch den Vorstand des Trägervereins stutzig gemacht, doch hatte man im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen der Pensionskassensanierung sowie Steuersenkung schon gewisse Befürchtungen. Viele Quartierbewohner haben im Zentrum Hilfe bekommen und haben es auch lieb gewonnen. Auch der Vorstand des Trägervereins hatte sich während den letzten sechs Jahren seit Projektbeginn recht stark für das Projekt engagiert. Wichtig ist nun, dass man nun die Erkenntnisse und Erfahrungen der Projektphase weiterhin nutzen wird, so stimmt sie beispielsweise die erwähnte künftige Streetworker-Arbeit im Fraumattquartier zuversichtlich. Schade ist, dass die soziale Arbeit meist nicht messbar ist. Die Mittefraktion nimmt Kenntnis vom Abschlussbericht des Stadtrates. Sie persönlich hofft, dass es gute Anschlussmöglichkeiten an das Quartierzentrum Fraumatt geben wird, so stimmt sie auch der neue Vorstoss der Grünen Fraktion betreffend der Integrationsförderung zuversichtlich.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) sagt, die Bezeichnung „Quartierzentrum“ stimmte eigentlich von Anfang an nicht, denn ein Zentrum befindet sich grundsätzlich in der Mitte. Der Abschlussbericht zeigt auf, dass keines der proklamierten Ziele erreicht wurde. Seine Fraktion ist froh über die stadträtliche Einsicht, das Projekt per Ende Jahr nun doch abzuberechnen. Seine Fraktion hatte sich von Anfang an gegen dieses Pilotprojekt ausgesprochen und auch im vergangenen Frühjahr hatte man Bedenken betreffend einer Projektverlängerung angemeldet, denn was drei Jahre nicht funktioniert hatte, wird auch in einem weiteren halben Jahr keine massgebenden positiven Veränderungen mit sich bringen. Nach diesem letzten Ratsentscheid war er als Gast bei der Fraumatt-Spielplatzeinweihung präsent und dabei ist er von einem ehemaligen Einwohnerratsmitglied gefragt worden, weshalb er sich denn überhaupt noch ins Fraumattquartier traue. Diesem möchte er an dieser Stelle nochmals sagen, dass er auch weiterhin für sinnvolle Projekte zu Gunsten der Einwohnerschaft Liestals eintreten wird. Auch stellt er die Frage in den Raum, ob das Quartierzentrum Fraumatt nebst dem grossen Aufwand an Steuergeldern überhaupt einen wirklichen Nutzen für das Fraumattquartier hatte. Die finanziellen Mittel hätten für wesentlich sinnvollere Projekte verwendet werden können, und so darf man hoffen, dass weitere solche subjektiven Wünsche künftig besser eingeschätzt werden können. Die SVP-Fraktion nimmt vom Schlussbericht des Stadtrates Kenntnis.

Walter Leimgruber (SP) sagt, seine Fraktion habe Verständnis für die Position des Stadtrates. Es ist natürlich sehr einfach, im Nachhinein zu sagen, man sei früher schon immer gescheiter gewesen. Auch die Velostation war ursprünglich ein Pilotprojekt und nach der Etablierung derselben sagt heute auch die SVP-Fraktion, man könne auf diese nicht mehr verzichten, obwohl diese sich ja früher auch gegen das Projekt ausgesprochen hatte. Beim Quartierzentrum Fraumatt ist vielleicht gleich von Anfang einiges nicht richtig gelaufen, doch ist es keine Schande, ein Pilotprojekt aufzugeben, denn deswegen werden diese ja auch so bezeichnet. Sorge bereitet natürlich schon, dass verschiedene Projekte nicht mehr weiter verfolgt werden und diverse Angebote ersatzlos gestrichen wurden, weshalb man vermutlich nach der Zentrumsschliessung nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Im stadträtlichen Entwicklungspapier „Liestal 2020“ wird die Quartierarbeit sehr prominent definiert und thematisiert, doch habe man davon noch nicht sehr viel Konkretes gesehen. Man kann auch erwarten, dass aus den Quartieren heraus diesbezügliche Initiativen entstehen, welche dann vom Stadtrat auch unterstützt werden.

Anna Ott (GL) äussert, auch ihre Fraktion habe Verständnis für den stadträtlichen Entscheid. Die Verlängerung der Pilotphase hat leider nicht zu wesentlich neuen Erkenntnissen beigetragen, sondern lediglich die Befürchtungen bestätigt, dass die Erwartungen nicht erfüllt werden. Es ist klar, dass sich jährliche Beiträge von rund TCHF 100 für ein Begegnungszentrum bzw. für relativ wenige Leute langfristig nicht rechnen lassen. So unnütz war aber das Quartierzentrum nun aber auch wieder nicht, hatte dieses doch in der Projektphase wesentlich zu einem besseren Quartierleben beigetragen. Für ihre Fraktion ist es wichtig, dass im Fraumattquartier weiterhin Integrations-Angebote bestehen, doch soll bei diesen der Fokus nicht auf sogenannte Hilfsprojekte gelegt werden. In Liestal bestehen viele gute Integrationsangebote wie Deutschsprachkurse für Frauen sowie weitere gute Angebote vom Familienzentrum etc., welche als mobile Angebote im Fraumattquartier und weiteren Quartieren eingeführt werden sollten. Auch hoffe man, dass die Familien vom Fraumattquartier wesentlich von den neuen familienergänzenden Angeboten an Tagesstrukturen profitieren können. Obwohl mit dem Pilotprojekt des Quartierzentrums Fraumatt viele Erwartungen nicht erfüllt werden konnten, ist es doch wichtig, dass auch weiterhin Ideen weiterentwickelt werden können.

Thomas Eugster (FDP) meint, der Abschlussbericht des Stadtrates habe seine Fraktion ebenfalls nicht gross überrascht, denn bereits an der Februar-Sitzung hatte sich seine Fraktion gegen eine Projektverlängerung ausgesprochen, doch hatte man dem Stadtratsantrag im Rat doch mehrheitlich zugestimmt. Das Fazit ist immer noch, dass das Quartierzentrum seine integrative Wirkung verfehlt hat, die Ausländer immer noch unter sich geblieben sind,

das Zentrum schlecht besucht wurde usw. Auch wenn das Quartierzentrum Fraumatt geschlossen wird, verfügt die Stadt Liestal immer noch über gute Angebote wie die neuen zusätzlichen familienergänzenden Tagesstrukturen, den Jugendtreff Joy, den neu sanierten Spielplatz im Fraumatt usw. Seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) meint, dass integrative Arbeit auch von der öffentlichen Hand geleistet werden muss und nicht nur von privaten Organisationen. Es ist unvermeidlich, dass auch hier Rückschläge eintreten, dennoch habe man den sozialen Frieden genau solchen und ähnlichen Projekten zu verdanken. Seine Fraktion möchte keine Separation oder gar einen Ausschluss von Bevölkerungsgruppen, denn solche Handlungsweisen würden sicher soziale Unruhen fördern. Die Mittefraktion wird auch künftig Projekte mit integrativen Zielsetzungen unterstützen.

Stadträtin Marion Schafroth dankt für die insgesamt gesehen doch recht sachliche Diskussion und Akzeptanz der Tatsachen sowie Gegebenheiten, welche man in Liestal habe.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Abschlussbericht des Stadtrates betreffend dem Pilotprojekt „Quartierzentrum Fraumatt“.

230 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Banntag - Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Liestaler Banntag (Nr. 2014/137)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion
Einwohnerrat Liestal

23. Juni 2014

P o s t u l a t
betreffend Liestaler Banntag

Ausgangslage:

Früher war der Banntag in Liestal vor allem auch ein Fest für die Jugend. Hunderte von Kindern hatten – zusammen mit ihren Vätern – die Grenzen abgeschritten und durften so einen tollen Tag in freier Natur geniessen. Leider hat sich diese Situation in den letzten Jahren völlig verändert, indem jeweils nur noch einige wenige Kinder am Banntag teilnehmen. Massiv zugenommen hat hingegen an diesem – für Schule und Verwaltung freien Tag – der Massentourismus nach Rust DE. Das ist sicher nicht der Sinn unseres Banntages.

Somit muss festgestellt werden, dass der freie Tag ein alter Zopf darstellt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Die Schule hat absolut kein Interesse daran, den Kindern das alte Brauchtum weiterzugeben. Viel lieber vergnügt man sich in Rust oder anderswo.*
- 2. Die Stadtverwaltung im Rathaus hat heute mit dem Banntag nur noch wenig zu tun (praktisch alle Arbeiten sind von der Bürgergemeinde übernommen worden).*

Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, die entsprechenden Reglement dahingehend zu ändern, damit der Banntag in den Liestaler Schulen und in der Stadtverwaltung als freier Tag gestrichen wird.

PS. Schüler, Lehrer und Angestellte, welche am Banntag teilnehmen möchten, können eine entsprechende Bewilligung einholen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf den neuen Vorstoss unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Der Banntag hat den Status eines örtlichen Feiertages und zeichnet sich im Wesentlichen dadurch aus, indem die Schüler an diesem Tag schulfrei haben und dieser Tag für das Gemeindepersonal ein arbeitsfreier Tag ist. Auch andere Gemeinden haben lokale Feiertage mit denselben Kennzeichen. Man muss deshalb schon ganz klar darauf hinweisen, dass man bei der Abschaffung dieser Kennzeichen logischerweise auch den Feiertag abschaffen würde. Natürlich kann man sich fragen, ob denn lokale Feiertage denn noch zeitgemäss sind, denn man habe ja fast überall die gleiche Konstellation, dass die Kinder schulfrei haben und die oftmals auswärts arbeitenden Eltern an diesen Tagen arbeiten müssen. Der Stadtrat meint aber, dass Feiertage, die das Jahr in seinem wiederholenden Ablauf gliedern, grundsätzlich doch sehr wichtig sind. Zudem wird ja beispielsweise die Abschaffung von Ostern auch nicht thematisiert, nur weil man immer weniger Kirchengänger an den Ostertagen regis-

triert. Auch der Stadtrat hat das Gefühl, dass das versteckte Problem des Vorstosses darin liegt, dass länger und mehr immer mehr Jugendliche nicht mehr beim Banntag mitmachen, da dieser Anlass nicht mehr von oben nach unten bzw. von Alt zu Jung wächst. Auch bei anderen Feiertagen ist der Wandel festzustellen, dass sich die Verbindlichkeiten geändert haben. Vielleicht müsste man sich einmal überlegen, mit welcher gezielten Veränderungen und Neugestaltungen der Banntag für die Jugendlichen lukrativer gemacht werden könnte, anstatt ihn gleich abzuschaffen. Der Einwohnerrat wird gebeten, den Vorstoss nicht an den Stadtrat zu überweisen und den Banntag als lokalen Feiertag zu belassen.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, es sei den Postulanten bzw. seinen Fraktionsmitgliedern ein Anliegen, dass die Diskussion über den Banntag überhaupt einmal geführt wird. Er kann sich nicht damit einverstanden erklären, dass man den Banntag mit kirchlichen Feiertagen vergleicht usw. Feiertage werden als gesellschaftliche Ereignisse definiert, die mit Rechtsordnung als Feiertage geschützt sind. Leider ist es so, dass man ganz allgemein den Ursprung der Feiertage nicht mehr kennt, das Interesse an diesen verliert bzw. nur noch von den arbeitsfreien Feiertagen profitieren möchte. Als Banntäglar würde auch er sich ebenfalls über die vermehrte Teilnahme der Kinder am schulfreien Tag beim Banntag freuen. Das Ganze hat sich aber in den letzten Jahren so entwickelt, dass nach dem Banntag auch der Dienstag und der Mittwoch wegen der Lehrerschaft-Weiterausbildung gleich auch noch schulfrei sind. Zusammen mit der darauf folgenden Auffahrtsbrücke hatte man deshalb gleich eine ganze Woche schulfrei, weshalb die Banntags- und Auffahrtswoche oftmals gleich als Ferienwoche gebucht wird. Die ferienbedingten Abwesenheiten führen dazu, dass nicht nur die Kinder, sondern vermehrt auch deren Väter beim Banntag nicht mehr dabei sind. Und wenn die Zuständigkeit nicht beim Einwohnerrat liegt, so möchte er doch zumindest die Schulpflege um mögliche Massnahmen zur Förderung des traditionellen Banntages bitten. Und mit der breiten Debatte des Vorstosses ist das Ziel der Postulanten für eine Thematisierung der Banntag-Attraktivitätssteigerung erreicht worden. Die SVP-Fraktion hat entschieden, dass das Postulat Nr. 2014/137 zurückgezogen wird.

Werner Fischer (FDP) bezeichnet sich selbst als begeisterten Banntäglar. Der Banntag ist bestens integriert, in der Bevölkerung gut verankert und auch gut besucht. Man möchte keine ständigen Diskussionen über den Liestaler-Brauchtum wie die Fasnacht, der Chienbäse, den Banntag usw. Solche Bräuche sollten nicht laufend in Frage gestellt und Diskussionen über Sinn und Unsinn derselben geführt werden. Es kommt wohl selten vor, dass lokales Brauchtum immer wieder so hinterfragt wird, wie dies in Liestal der Fall ist. Auch möchte man keine Systemänderung oder gar über die Abschaffung eines lokalen Feiertages diskutieren müssen. Auch bei den kirchlichen Feiertagsanlässen hat man es geschafft, dass man diese besucht und auch feiert. Indiskutabel dürfte es wohl auch sein, dass man eine Teilnahme an Feiertagen gar nachweisen oder belegen müsste. Es erstaunt ihn schon, dass die SVP-Fraktion an der letzten Sitzung im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Sanierung dafür plädiert hatte, dass die Angestellten der Stadt gegenüber anderen Gemeinden nicht beteiligt werden sollen, man diesen aber bereits mit dem vorliegenden Vorstoss gleich wieder den Banntag als Feiertag wegnehmen und streichen möchte. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass sich die Mittelfraktion mit knappem Mehr für eine Postulatsüberweisung an den Stadtrat ausspricht. Der Schulrat hatte sich übrigens auch schon mit dem Begehren der Postulanten befasst und sie kann darüber informieren, dass sich dieser ebenfalls für die Beibehaltung der bisherigen Regelung ausspricht. Eine Mehrheit ihrer Fraktion ist der Meinung, dass man nur schulfrei erhalten soll, wenn man auch den Banntag besucht. Der Liestaler-Banntag kann ja nur besucht werden, wenn man einer bestimmten Bevölkerungsgruppe angehört. Weshalb sollte beispielsweise den Schülerinnen der Brauchtum des Banntags vermehrt vermittelt werden, wenn sie diesen später im Erwachsenenalter gar nicht besuchen dürfen? Auch erfreut sich in Basel der Vogel Gryff grosser Beliebtheit, obwohl dieser kein Feiertag ist.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt auf die Frage des Ratspräsidenten fest, dass das Postulat zurückgezogen wird.

Patrick Mägli (SP) meint, dass das Postulat nun nicht so einfach zurückgezogen werden kann, nachdem man vorgängig das Eintreten beschlossen hatte.

Heinz Lerf (FDP) bemerkt, dass sich die Fraktionssprecher noch äussern können und anschliessend wird er über den Rückzug des Postulates abstimmen lassen.

Daniel Spinnler (FDP) ist der Meinung, dass die Eintretensfrage bei einem Postulat gar nicht gestellt werden müsste. Das Eintreten müsste nur bei stadträtlichen Vorlagen beschlossen werden. Zudem kann ein Vorstoss von den Verfassern jederzeit zurückgezogen werden. Und nach der vorgängigen Mitteilung des Postulanten ist keine weitere Beratung und Beschlussfassung nötig. Aus Fairness sollten sich nun aber die übrigen Redner zum Vorstoss auch noch äussern dürfen.

Heinz Lerf (FDP) meint, dass man sich noch zum Vorstoss äussern kann, er jedoch keine Abstimmung durchführen wird.

Anna Otto (GL) sagt, dass ihre Fraktion mit dem Vorstoss und auch der ganzen Vorgehensweise der Postulanten etwas Mühe habe. So ist es nicht richtig, dass man das Fehlen der Schüler beim Banntag den Alternativprogrammen der Mütter und Reiseveranstalter in die Schuhe schieben möchte. Das Desinteresse der Jugendlichen am Banntag dürfte wohl eher damit begründet werden, dass von den Verantwortlichen die Chance verpasst wurde, diesen Anlass für die Jüngeren attraktiver zu gestalten. Gerade diejenigen, die die Möglichkeit zur Umgestaltung des Banntages in den Händen haben, klammern sich lieber an den alten Traditionen fest. So entspricht es sicher nicht mehr dem Geist der Zeit, dass man einen Teil der Gesellschaft bei solchen Anlässen ausschliesst. Ganz bestimmt würden auch mehr Kinder am Banntag teilnehmen, wenn dieser zu einem Familienanlass würde und dafür müssten wiederum die Frauen zugelassen werden. So lange aber der Banntag ein Saufanlass der Männer bleibt, werden sich wohl sehr wenige Mütter dazu begeistern lassen, ihre Kinder beim Banntag mitzuschicken und mit diesen auch weiterhin gemeinsame in den Europapark nach Rust gehen. Die Abschaffung des Banntages als arbeits- und schulfreien Tag macht keinen Sinn, denn damit würden die wahren Probleme auch nicht gelöst.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, es sei durchaus ein legitimes Recht der Postulanten, den Banntag zu hinterfragen, welcher seinen Ursprung vor über 600 Jahren hatte. Der Banntag in Liestal ist ein lokaler Feiertag, weshalb dieser für die Angestellten der Einwohner- und auch Bürgergemeinde arbeitsfrei ist. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass der Banntag auch in den Schulen thematisiert wird, hatte er sich doch als Referent zu diesem Thema bei einer Projektwoche im Jahr 2013 zur Verfügung gestellt. Das Thema Banntag stösst leider bei der Lehrerschaft nicht auf ein grösseres Interesse. Ursprünglich war der Banntag in Liestal ein militärischer Anlass und das ist auch der Grund dafür, dass zum Banntag nach wie vor nur Männer zugelassen sind. Seit 1910 dürfen auch Mädchen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr beim Banntag teilnehmen. Der Besuch des Europapark Rust durch die Schüler am Banntag ist natürlich nicht der Sinn dieses lokalen Feiertages und schulfreien Tages. Man kann aber immer wieder feststellen, dass es Banntäglern gibt, welche in den Kind- und Jugendjahren ebenfalls am Banntag den Europapark in Rust besucht hatten. Der Banntag wird auch künftig seinen festen Platz im Kultur- und Brauchtumskalender von Liestal haben.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erstaunt die Aussagen des Stadtpräsidenten, der sich für einen lokalen Feiertag einsetzt, bei welchem die Frauen systematisch diskriminiert werden, was ja nicht verfassungskonform ist.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf das Votum des Vorredners und meint, man habe im Rat wohl schon lange nicht mehr über einen Rohrkrepierer wie im vorliegenden Fall diskutiert. Da der Banntag für Männer und Frauen als arbeitsfreier Tag gilt, wird somit auch die Rechtsgleichheit eingehalten.

Diego Stoll (SP) führt aus, dass der Banntag mehr als nur ein Saufanlass ist, denn dieser hat auch heute noch seine Stärken, grossen Qualitäten, kulturelle Botschaften usw. Und wenn schon etwas gut ist, sollten die Verantwortlichen auch die entsprechenden Botschaften nach aussen tragen. Vermutlich müsste man etwas an der Kommunikation verbessern, doch sollte die im Postulat geschilderte Problematik nicht dazu führen, dass man gar die Abschaffung eines lokalen Feiertages thematisiert.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) möchte auch noch die Minderheitsmeinung der Mittefraktion darlegen. Grundsätzlich kann er die Meinung des Postulanten ebenfalls unterstützen, dass man am Banntag teilnehmen sollte, wenn dieser schon als lokaler Feiertag und arbeitsfreier Schultag gilt. Er könnte es aber auch nicht unterstützen, wenn man die kirchlichen Feiertage abschaffen würde, nur weil an diesen Tagen heute weniger Leute zur Kirche gehen als früher. Auch muss man ja am 1. Mai nicht zwingend an Demonstrationen teilnehmen, nur weil der Tag der Arbeit ein Feiertag ist. Die Feiertage haben generell starke Wandel erfahren.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) macht beliebt, dass die Rednerliste geschlossen wird.

Peter Küng (SP) hält fest, dass die SP-Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen hat.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, es sei sehr heikel, wenn man im Schulunterricht den Banntag Liestal thematisieren und bekannter machen möchte, denn schliesslich wird in der Schule der Feiertag vom 1. Mai auch nicht thematisiert. Es dürften Verantwortliche ausserhalb den Schulen wohl mehr in der Pflicht stehen, den Banntagsbrauch zu pflegen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und die Diskussion somit geschlossen wird.

Das Postulat Nr. 2014/137 wird vom Postulanten zurückgezogen.

231 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Fragestunde

1. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Empfang der Vereine

Am vergangenen Samstag fand der Empfang der Vereine statt. Ein etwas erbärmlicher Anlass. Von den vielen Vereinen in Liestal präsentierten sich nur wenige. Der nachfolgend offerierte Apéro war sehr bescheiden. Die Idee an sich finde ich gut und wertschätzend. Frage: Warum kommen so wenig Vereine? Zufall oder Desinteresse, oder braucht es ein anderes Konzept?

Stadtpräsidentin Lukas Ott: Auch er habe den Zustrom zum Anlass als eher dünn empfunden. Der Stadtrat wird sich zusammen mit dem IGOL-Präsidenten über einen möglichen anderen Rahmen der Wertschätzung unterhalten.

2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Zollschnle

Zur Zeit wird die Ausbildungsstätte der Zollschnle ausgebaut. Die Platznot wird jedoch weiter ansteigen. Längerfristig steht in Diskussion die Zollschnle von Liestal zu dislozieren. Frage: Können hier seitens der Stadt rechtzeitig die Weichen gelegt werden, dass die einzige Zollschnle der Schweiz in Liestal verbleibt?

Stadtpräsident Lukas Ott: Es ist dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen, dass man die Eidg. Zollschnle in Liestal behalten kann. Es können im Moment nicht alle Ausbildungssteile in Liestal angeboten werden, wie dies sein sollte, weshalb schon heute der ehemalige Militärflugplatz in Interlaken eine Rolle spielt. Bereits nächste Woche wird man sich mit den Verantwortlichen der Zollschnle und des Kantons über die kommunalen Rahmenbedingungen unterhalten.

3. Frage / Werner Fischer (FDP) - Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen

Eine Tempo-30-Zone umfasst Strassen, auf denen die Aktivitäten der Anwohner wichtiger sind, als die Verkehrsleistung, Verkehrsberuhigungsmassnahmen erinnern, dass die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h beträgt. Es gibt keine Fussgängerstreifen, die Fussgänger dürfen die Fahrbahn überqueren wo sie wollen. Warum wird diese Regel in Liestal sehr unterschiedlich angewendet? Warum haben wir an der Goldbrunnenstrasse, Wiedenhubstrasse, Sichernstrasse und Benzburweg trotzdem Fussgängerstreifen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Fussgängerstreifen sind auch bei den Tempo 30-Zonen möglich. Der Fussgängerstreifen bei der Goldbrunnenstrasse wurde vor allem wegen den Behinderten der Psych. Klinik und der Eingliederungsstätte belassen. Bei der Wiedenhubstrasse ist der Fussgängerstreifen wegen den Schulkindern belassen worden. Alle Strassenmarkierungen werden nur in Absprache mit der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei vorgenommen. Grundsätzlich geht die Sicherheit vor und so kann man sich nicht immer stur an Regeln halten, welche halt in Einzelfällen überhaupt keinen Sinn machen.

4. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Rathausstrasse, Deckbelagsarbeiten

Am 27. Oktober wurden auf der ganzen Rathausstrasse Deckbelagsarbeiten durchgeführt. Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Wieso werden zum heutigen Zeitpunkt grossflächige Deckbelagsarbeiten durchgeführt, obwohl an der Einwohnerratssitzung vom 27.8.14 das Postulat zur Sanierung und Neugestaltung der Rathausstrasse einstimmig an den Stadtrat überwiesen wurde? Der Stadtrat wurde dabei aufgefordert, dass die Sanierungsarbeiten/Neugestaltung der Rathausstrasse so rasch wie möglich an die Hand genommen werden soll, wobei der nun neu verlegte Deckbelag dann schon wieder entfernt werden muss.

2. Was kosten die jetzt durchgeführten Arbeiten die Stadt Liestal?

3. Durch welche Budgetposition werden die Kosten für die Arbeiten gedeckt?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die Rathausstrassen-Gesamtsanierung ist für das Jahr 2016/2017 geplant. Die Strasse muss aber auch heute funktionieren und so mussten Löcher in der Strasse repariert werden, bevor es zu Unfällen kam. Mit einem Microsil-Belag konnten die grösseren Unebenheiten und Löcher geflickt werden, weshalb die Strasse auch wieder einen besseren optischen Eindruck erhalten hat. Die Aufwendungen liegen in der Grössenordnung von rund CHF 10'000.-- und wurden aus dem Unterhaltskonto des jährlichen Budgetpostens finanziert.

5. Frage / Lisette Kaufmann (GL) - Datenschutzbeauftragte/r

Hat die Stadt Liestal einen Datenschutzbeauftragten? Wie wird mit dem Thema Datenschutz umgegangen?

Stadtpräsident Lukas Ott: Der Stadtverwalter versieht die Funktion des Datenschutzbeauftragten und stellt sicher, dass sich die Stadt Liestal an die gesetzlichen Vorgaben hält. Von diesem sind auch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben erlassen worden.

6. Frage / Max Schäublin (FDP) - Neue Strassenmarkierung Sichertstrasse

Vor wenigen Tagen wurde an der oberen Sichertstrasse ab der Abzweigung Talackerstrasse bis zur Abzweigung Dornacherstrasse in Fahrtrichtung auf der rechten Strassenseite eine gelb schraffierte Markierung angebracht. Fragen: Auf wessen Initiative wurde diese Markierung angebracht? Ist es richtig, dass diese Markierung zum Schutz der Fussgänger anstelle des fehlenden Trottoirs angebracht wurde? Diese markierte Fläche wird nun teilweise bereits als Parkmöglichkeit für Fahrzeuge missbraucht. Seit langer Zeit besteht an der oberen Sichertstrasse ein beidseitiges Parkverbot, welchem aber keine Beachtung geschenkt wird. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat um diese Situation zu bereinigen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Initiative erging wegen der Petition „Mehr Sicherheit für die obere Sichertstrasse“ vom 22. Nov. 2013 von Denise Steiner und Klara Turtschi. Ja, die Markierung ist anstelle des fehlenden Trottoirs vorgenommen worden und verhält so auch rechtlich. Das vorschriftswidrige Parkieren von Autos wird auch nicht verstanden und die Polizei wird vermehrt Kontrollen vornehmen.

7. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) - Veloweg auf H2-Tunnel

Durch den Bau der H2 wird auf dem Tunnel ein Veloweg realisiert. Dieser Weg sollte demnächst freigegeben werden. Wird der Schöntalweg an der Ergolz von der Weiermatt bis zum Schöntal deshalb demnächst velofrei, wie das uns seitens der Stadt mitgeteilt wurde? Für die Fussgängerinnen und Fussgänger wäre das Spazieren dadurch angenehmer.

Stadtrat Peter Rohrbach: Auch der kantonalen Abteilung Tiefbau, Fachbereich Verkehr, ist diesbezüglich nichts bekannt. Die Stadt muss der Frage auch noch nachgehen und so kann heute nicht mehr dazu sagen.

8. Frage / Anna Ott (GL) - Jugendleitbild

Wann erscheint das Jugendleitbild?

Stadträtin Marion Schafroth: Das Jugendleitbild wird dem Rat im April 2015 vorgelegt. Die Pendeuz ist nicht vergessen worden, doch war in ihrem Bereich einiges im Umbruch. Der Bereichsleiter muss das Konzept noch in die Endfassung bringen, bevor es dann auch noch in eine Vor-Vernehmlassung geschickt wird.

9. Frage / Corinne Ruesch (GL) - Tempo 30, Heidenlochstrasse

Im April des letzten Jahres hat der Stadtrat auf das Postulat mit der Bitte „zu prüfen, ob mit weiteren und anderen Massnahmen die Sicherheit für Fussgänger in der Tempo 30 Zone Heidenlochstrasse verbessert werden kann“ geantwortet: "das Problem sei bekannt und beim Vollzug will man beispielsweise nicht nur die Pfosten wieder ersetzen, sondern eine bessere Abgrenzung zwischen dem Fussgänger- und Fahrbereich mit dem Platzieren von Felsbrocken bewirken." (ER-Protokoll 24. April 2013). Aufgrund dieser Antwort wurde das Postulat überwiesen und gleich wieder abgeschrieben. Wann werden die versprochenen Massnahmen umgesetzt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Diskussion vom 24. April 2013 ist ihm noch sehr präsent und die Pendenz ärgert ihn auch. Gemäss Bericht der Betriebe werden die Unterhaltsarbeiten bis Ende 2014 ausgeführt. Er wird nochmals insistieren, damit die früheren Versprechen auch eingehalten werden.

232 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Veloverbindung - Postulat „Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion und Gerhard Schaefroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/138)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Postulat

Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg – Oristalstrasse

Südlich der Bahngeleise besteht gemäss Strassennetzplan eine in der geltenden Schwachstellenanalyse bemängelte, unvollständige kommunale Radroute (Gartenstrasse-Rufsteinweg). Sie verbindet die kantonale Radroute von Bubendorf via Langhagstrasse kommend mit der kantonalen Radroute via Wiedenhubstrasse nach Frenken-dorf/Pratteln.

Während die SBB bereits eine niveaugleiche Veloverbindung von der Wiedenhubstrasse bis zur Oristalstrasse plant, müssen in der heutigen Situation die Velofahrer beim Schwieriweg den steilen Rufsteinweg hinunter bis zum Orisbach, um dann durch den unzumutbar engen Fussweg wieder auf gleiches Niveau zu kommen bei der Oristalstrasse. (kommunale Radroute).

Mit dem SBB-Vierspurausbau besteht nun für Liestal die einmalige Chance, die in der Schwachstellenanalyse und im kommunalen Radroutenplan bemängelte Lücke mit geringstmöglichen Kosten zu schliessen, weil die so-wieso neu zu bauende Orisbach-Überquerung lediglich um die Velospur breiter ausgeführt werden muss.

Wir laden den Stadtrat ein, anlässlich des Vierspur-Neubaus zusammen mit der SBB und dem Kanton eine bauli-che, niveaugleiche Lösung entlang der Geleise für diese seit Jahren bemängelte Veloverbindung zwischen dem Schwieriweg und der Oristalstrasse zu prüfen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag zu unter-breiten.

Liestal, den 23. Juni 2014

für die Grüne Fraktion

Hanspeter Zumsteg

für die Fraktion

CVP/EVP/GLP

Gerhard Schaefroth

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf den neuen Vorstoss unbe-stritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu überneh-men. Das Projekt der SBB ist sehr komplex und die SBB-Verantwortlichen bejahen meist solche Wünsche sowie Forderungen, doch werden die Kosten von den SBB abgewälzt.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält als Postulant fest, dass in der Schwachstellenanalyse der kantonalen Radroute aufgezeigt wird, dass zwischen dem Schwierweg und der Oristalstrasse ein ca. 200 Meter langes Radwegstück fehlt, was recht ärgerlich ist. Die Postulanten bitten den Stadtrat zusammen mit den SBB und dem Kanton abzuklären, ob im Zusammenhang mit dem Vierspur-Neubau entlang dem neuen Geleise nicht eine niveaugleiche Velowegverbindung erstellt und in die kantonale Radroute aufgenommen werden könnte.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt als Mitunterzeichner des Postulates, dass diese einmalige Chance genutzt und weitere Abklärungen getroffen werden sollen. Im Kanton habe er als Landrat den gleichen Vorstoss auch eingereicht.

Dominique Meschberger (SP) kann den Rat darüber informieren, dass ihre Fraktion der Überweisung des Vorstosses zustimmen wird, würde die Realisierung dieses Wegteilstückes für die Velofahrer viele Vorteile mit sich bringen.

Sabine Sutter (FDP) meint, ihre Fraktion ist der Meinung, dass das Kosten- und Nutzenverhältnis unverhältnismässig ist. Zudem wird der noch nicht überwiesene Vorstoss bereits in der stadträtlichen Sammelvorlage „Verkehrskonzept“ (Nr. 2014/144) thematisiert, welche vom Rat vorgängig bereits an die BPK zur Vorberatung überwiesen wurde. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Vorstosses aus.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass das Projekt grösstenteils von den SBB bezahlt wird und Liestal dürfte gar nicht zur Kasse gebeten werden. Sollte dies aber dennoch der Fall sein, könnte der Rat in einem späteren Zeitpunkt immer noch die Bau- oder Kreditvorlage ablehnen.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung ohne grosse Begeisterung zustimmen. Mit der Überweisung des Vorstosses und den ersten Vorabklärungen durch den Stadtrat verpflichtet sich der Rat heute ja noch zu gar nichts.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2014/138 wird mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

233 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Humanitäre Zeichen setzen - Interpellation der Grünen Fraktion betreffend humanitären Zeichen setzen (Nr. 2014/140)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal, Grüne Fraktion

24. August 2014

Interpellation

Humanitäre Zeichen setzen

Krieg, wohin man blickt! Auf der Welt gibt es unzählige bewaffnete Konflikte, täglich erreichen uns erschütternde Bilder aus den Kriegsgebieten. Millionen Menschen sind auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Gleichzeitig steigt in der Schweiz die Ablehnung gegenüber Fremden, mit verschiedenen Initiativen wird versucht, die Grenzen dicht zu machen.

Ist Liestal bereit, angesichts der vielen humanitären Katastrophen ein Zeichen zu setzen?

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Kann die Stadt Liestal angesichts der aktuellen Krisen auf der Welt mehr Flüchtlinge unterbringen als üblich, zum Beispiel aus Syrien?*
- 2. Welche Massnahmen kann die Stadt Liestal ergreifen, um die Flüchtlinge zu integrieren und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen?
Wie werden insbesondere Kinder aufgenommen und unterstützt?*
- 3. Basel lanciert unter dem Motto „wehret den Anfängen!“ die Plakatkampagne „Basel zeigt Haltung - für Offenheit und Fairness, gegen Fremdenfeindlichkeit“ und setzt damit ein Zeichen gegen die zunehmende Ablehnung gegenüber Fremden und macht auf die humanitäre Tradition der Schweiz aufmerksam. Kann der Stadtrat sich eine ähnliche Kampagne vorstellen?*

Die Grüne Fraktion

*Anna Ott
Hanspeter Zumsteg
Lisette Kaufmann
Corinne Ruesch
Roman Schmid
Verena Baumgartner
Meret Franke*

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Stadträtin Marion Schafröth nimmt zu den Fragen der Interpellation Stellung:

Antwort zu Frage 1: Die Flüchtlinge werden vom Bund auf die Kantone und von diesen wieder auf die Gemeinden verteilt. Aktuell haben die Gemeinden eine Aufnahmequote von 0,8 % der Einwohnerschaft zu erfüllen. Bei Liestal liegt das Soll bei 112 Personen, doch lag der Ist-Bestand in den letzten Monaten immer zwischen 113 - 120 Asylsuchenden, wovon rund 40 Personen im Asylheim WAL untergebracht sind. Eine gleichmässige Lastenverteilung auf alle Gemeinden macht Sinn und deshalb ist der Stadtrat auch nicht der Meinung, auf freiwilliger Basis zusätzliche Asylbewerber aufzunehmen.

Antwort zu Frage 2: Die Stadt Liestal ergreift für Flüchtlinge keine anderen Massnahmen als für andere Hilfsbedürftige, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder Niederlassungsstatus. Flüchtlinge erhalten die Unterstützung und Hilfe, die sie brauchen, so beispielsweise Sprachkurse, Unterstützung beim Finden eines Arbeitsplatzes etc. Kinder werden ohne Wartefrist gleich eingeschult.

Antwort zu Frage 3: In Liestal läuft es eigentlich ganz gut und so ist man der Meinung, dass man nicht mit teuren Kampagnen auf Probleme hinweisen will oder solche gar schaffen soll. Privatpersonen haben in der Verwaltung auch schon ihre Mithilfe und Unterstützung bereits deponiert und von Fremdenfeindlichkeit habe man bis jetzt noch nichts gespürt. Sollte sich die Situation ändern, könnte der Stadtrat ja immer noch eine Kampagne lancieren.

Anna Ott (GL) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Anna Ott (GL) führt aus, dass sich weltweit 43 Mio. Menschen auf der Flucht befinden. Gleichzeitig wird in der Schweiz das Asylrecht verschärft und mit verschiedenen Initiativen wird versucht, unsere Grenzen dicht zu machen. Die SVP Schweiz droht gar mit einer Initiative, mit der faktisch gar das Asylrecht abgeschafft werden könnte, womit auch weitere Ängste und Feindlichkeiten vor und gegen Fremde geschürt werden. Die Interpellanten finden, dass nebst der Neutralität auch die humanitäre Tradition in der Schweiz gewahrt bleiben sollte. Die Bemühungen der Stadt Liestal im Asylbereich werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Löblich ist auch, dass Liestal mehr Asylanten aufnimmt, als dies die Quoten vorschreiben. Auch die Angebote wie Deutsch für Fremdsprache und Massnahmen zum Kulturaustausch sind begrüssens- und lobenswert. Die Solidarität und Hilfsbereitschaft sollte auch in Liestal weiterhin Bestand haben.

Hanspeter Meyer (SVP) bekundet Mühe mit den soeben gemachten pauschalisierenden Vorwürfen an einzelne Gruppen und Parteien, denn nicht jedes Unbehagen in der Bevölkerung kann mit Fremdenfeindlichkeit gleichgestellt werden. So kann er als SVP-Mitglied festhalten, dass er sich selbst in seinem Wohnquartier für die Flüchtlingsbetreuung engagiert, ohne dass dies die Stadt offiziell weiss oder gar noch auf irgend eine Art und Weise unterstützen müsste.

Stadträtin Marion Schafroth hält ergänzend fest, dass man in Liestal seit Jahren auch eine Kontaktstelle für Migrantinnen und Migranten habe, die auch vom Kanton mitfinanziert wird.

Corinne Ruesch (GL) möchte wissen, ob denn auf der Verwaltung auch Kapazitäten dafür vorhanden sind, Freiwilligen-Einsätze usw. zu koordinieren?

Stadträtin Marion Schafroth sagt, dass die bestehenden Kapazitäten sehr extrem mit den laufenden Arbeiten und Geschäften gefordert sind, weshalb nicht noch stundenlang Angebote und Einsätze von Freiwilligen koordiniert werden können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, dass Deutschkursangebote sowie Adressen wie bspw. die Kontaktstelle für Migrantinnen und Migranten auch auf der Stadtverwaltung bezogen bzw. angeboten werden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/140.

234 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Sonntagsflohmkt - Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion betreffend Sonntagsflohmkt im Stedtli (Nr. 2014/142)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Stoll
SP Fraktion

Liestal, 20. August 2014

Interpellation: Sonntagsflohmkt im Stedtli

Seit dem Jahr 2009 findet der Flohmkt Liestal auf dem Gestadeckplatz statt. Als Grund für diese Verschiebung wurden verschiedene Bauarbeiten auf dem Zeughausplatz genannt. Die Interessengemeinschaft (IG) Flohmkt ist seit diesem Zeitpunkt verantwortlich für die Organisation und Durchführung. Die Stadt Liestal unterstützt die IG Flohmkt mit Werbung im "Liestal Aktuell" und unter der Rubrik "Veranstaltungen" auf ihrer Homepage. Leider ist die Teilnehmerzahl in den letzten Jahren drastisch (um rund die Hälfte) gesunken, was vor allem auf den ungünstig gelegenen Standort zurückzuführen ist. Der Trend in verschiedenen Schweizer Städten geht aber in eine andere Richtung, hin zu öffentlichen Flohmärkten, jeweils sonntags. Gerade Liestal hätte in dieser Hinsicht einiges zu bieten. Das Stedtli ist am Sonntag leer, die meisten Restaurants und Geschäfte haben geschlossen. Zur Belebung der Innenstadt würde sich in dieser „toten“ Zeit ein Flohmkt geradezu anbieten.

Meine Fragen:

Wie steht der Stadtrat der Idee eines Sonntagsflohmks im Stedtli zur Belebung der Innenstadt gegenüber? Ist er gewillt, sich zusammen mit der Verwaltung dafür einzusetzen? Wie gedenkt er dabei vorzugehen? Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen für einen solchen Anlass gegeben sein?

Hanspeter Stoll
Fraktion SP

Stadträtin Marion Schaefroth nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung.

Antwort zu Frage 1: Der Stadtrat steht dem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenüber, doch sind im Zusammenhang mit der Umsetzung noch Detailfragen zu klären.

Antwort zu Frage 2: Ein aktives Vorgehen seitens Stadt kann nicht in Aussicht gestellt werden, doch ist eine Mitwirkung durchaus denkbar. Sollte die IG Flohmkt wirklich einen Sonntagsflohmkt organisieren wollen, sollte diese auf die Verwaltung zukommen, damit das weitere Vorgehen besprochen werden kann.

Antwort zu Frage 3: Es braucht sicher eine Bewilligung der Stadt, doch dürfte auch dieses Gesuchsverfahren kein grösseres Problem sein.

Hanspeter Stoll (SP) dankt als Interpellant für die stadträtliche positive Stellungnahme. Der Flohmkt auf dem Gestadeckplatz ist seit 2008/2009 mit über 60 Ständen im Stedtli auf aktuell rund 15 Stände geschrumpft, was vorwiegend auf den schlechten Standort zurückzuführen ist. Die IG Flohmkt muss nun laufend Defizite verbuchen und möchte gerne wieder mit diesem Markt in das Stedtli kommen und dafür wäre der Sonntag ideal, da an diesem Tag die übrigen Geschäfte nicht gestört würden und das Stedtli sonntags vermehrt belebt werden könnte. Er hofft auf eine allgemeine Unterstützung hier im Rat, im Stadtrat sowie Verwaltung und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Lisette Kaufmann (GL) freut die stadträtliche Stellungnahme ebenfalls. Flohmärkte sind längst keine langweiligen und verstaubten Anlässe mehr, sondern absolut im Trend. Viele Flohmärkte finden sonntags statt und die Liestaler-Altstadt wäre für einen Flohmarkt eine sehr gute Kulisse.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) sagt, seine Fraktion befürworte Attraktivitätssteigerungen an den Sonntagen ebenfalls, fragt sich aber doch, ob es denn unbedingt ein Flohmarkt sein muss. Die Standortfrage betreffend den örtlichen Flohmärkten müsste grundsätzlich überdenkt werden und auch die zeitliche Staffelung bzw. Anzahl an Flohmärkten im Jahr müsste noch geklärt werden. Die Mittefraktion befürwortet die Durchführung von Sonntagsflohmärkten, meint aber, dass auch andere Anlässe sonntags im Stedtli stattfinden sollten.

Sabine Sutter (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion findet den Vorstoss bzw. die Belebung des Stedtlis gut. Die Organisation eines Sonntagsflohmarktes im Stedtli ist sicher ein Versuch wert.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/142.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lurf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann